

Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Georg Schell zur Thematik der Grundschule Freie Buschstraße am 23.05.2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Ratsmitglieder,
geschätzte Mitarbeiter der Verwaltung,
werte Pressevertreter und Gäste,

wir haben heute als Rat die schwierige Entscheidung zur Grundschule Freie Buschstraße zu treffen. Hierzu möchte ich kurz die Punkte zusammenfassen, die die CDU-Fraktion zu der in der Sondersitzung des Schulausschusses getroffenen Beschlussvorlage geführt haben.

Grundsätzlich gilt für die CDU, wie wahrscheinlich für alle Fraktionen, dass uns der unveränderte Erhalt der Schule am liebsten wäre. Dies ist aber schlichtweg nicht möglich, da ein gutachterlich festgestellter, dringender Handlungsbedarf im Bereich des Brandschutzes der Grundschulgebäude besteht. Generell ist Brandschutz überall zu berücksichtigen, aber natürlich erst recht im Zusammenhang mit Grundschulen. Bei einer Begehung konnten sich die Ratsmitglieder von dieser Notwendigkeit überzeugen. Vor allem die Fluchtweg-Situation im Anbau hat mich persönlich beeindruckt – und das nicht im positiven Sinne.

Aufgrund der Haushaltslage ist aber eine vollständige Brandschutzsanierung inkl. notwendiger weiterer Sanierungen finanziell nicht darstellbar. Die Gesamtkostenschätzung der Verwaltung liegt bei 5,7 Mio. €, die in einem sehr kurzen Zeitraum bereitgestellt werden müssten. Auf viele Nachfragen in unterschiedlichen Sitzungen musste die Kämmerei immer wieder antworten, dass dies nicht realisierbar ist, ohne den Gesamthaushalt und vor allem das Haushaltssicherungskonzept zu kippen.

Dies führte zu der Überlegung, die Grundschule in das Schulzentrum Niederpleis zu verlagern. Hierzu gab es allerdings umgehend massive Einwände der Realschule und des AEG – als Hauptgrund wurde angeführt, dass zu wenig Räume im Schulzentrum vorhanden sei. Auch Grundschulleitern und -lehrer sprachen sich eindeutig gegen eine solche Verlagerung aus – dabei wurden unter anderem die mangelnde Qualität der Räumlichkeiten inkl. eigenem Mensaraum und des vorgesehenen Schulhofes sowie die unterschiedlichen Wegekreuzungen der Grundschüler mit den älteren Schülern des Zentrums angeführt. Der Vollständigkeit halber weise ich darauf hin, dass die Niederpleiser Hauptschule keine Probleme bei einem Umzug

sieht, für den die Verwaltung übrigens eine Kostenschätzung von 4 Mio. € vorgelegt hat.

Im Folgenden wurde seitens der Verwaltung zusätzlich die Möglichkeit aufgezeigt, die Grundschule einzügig im denkmalgeschützten Altbau fortzuführen – und zwar eigenständig oder als Dependance einer umliegenden anderen Grundschule, und nannte hierfür Kosten in Höhe von 4,1 bis 4,2 Mio. €. Zu einer solchen Lösung wurden unter anderem seitens der Lehrer Bedenken bezüglich des sinnvollen Fortführens des pädagogischen Ansatzes in Einzügigkeit geäußert.

Aufgrund der vielen unterschiedlichen Aspekte stellte die CDU – übrigens als einzige Fraktion - zwei umfangreiche, öffentliche Fragenkataloge an die Verwaltung zusammen, um die offenen Punkte zu klären. Dabei waren wir auch der Meinung, dass man ein Auslaufen der Grundschule erneut betrachten müsse – auch wenn dies im Gegensatz zum Beschluss des Schulausschusses vom 20.07.2011 stand, die Institution Grundschule Freie Buschstraße zu erhalten. Aus den Antworten der Verwaltung ging klar hervor, dass die künftigen Schüler durch die in der Nähe liegenden Grundschulen aufgenommen werden können, wenn für die Hans-Christian-Andersen Grundschule in Augustin Ort Erweiterungen vorgenommen werden. Hierzu wurde seitens der Verwaltung eine Kostenschätzung von 1,7 Mio. € erstellt.

Inzwischen liegt auch eine Stellungnahme der Schulaufsicht der Bezirksregierung vor, in der allen Varianten bescheinigt wird, dass sie schulfachlich und schulorganisatorisch machbar und zulässig sind. Sie bringt schulfachlich ein Ranking ein:

1. Erhalt der Zweizügigkeit am Ort. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass bei der schulfachlichen Betrachtung Finanzen und damit die Stellungnahme der Kämmerei keine Rolle spielen. Obwohl es schulfachlich sinnvoll ist, ist es finanziell nicht machbar;
2. Umzug ins Schulzentrum Niederpleis;
3. Auslaufen der Schule und Versorgung der Kinder an den Nachbargrundschulen - ich verwende dabei zumeist „Auslaufen“ anstelle von „Auflösung“, damit allen klar ist, dass die dort eingeschulten Schüler ihre Grundschulzeit bei dieser Entscheidungsvariante auch dort an ihrem gewohnten Ort beenden können- und
4. als letzte und damit schlechteste Lösung aus schulfachlicher Sicht die Einzügigkeit, da hier aus seitens der Schulaufsicht die Mindestgröße für

die Gewährleistung eines qualitativ hochwertigen (Fach-)Unterrichts nicht gegeben scheint.

Auch die zuständige Schulrätin des Kreises, Frau Schikorra, hat dieses Ranking inkl. der Bewertungsaussagen in einem gemeinsamen Gespräch mit den betroffenen Grundschulen eindeutig bestätigt – bezüglich der Fragwürdigkeit der Einzügigkeit sogar verstärkt.

Obwohl die CDU im Gegensatz zum AEG und der Realschule der Meinung ist, dass genügend Räume für eine Verlagerung der Schule vorhanden sind – auch, wenn es natürlich enger zuginge als derzeit –, halten wir vor allem die Einwände vieler Lehrer und Eltern bezüglich der möglichen Probleme beim dichten Zusammenleben der verschiedenen Schulformen für sehr relevant. Diese münden nämlich in die begründete Befürchtung, dass die künftigen Eltern „mit den Füßen“ abstimmen und ihre Kinder vermehrt an anderen Grundschulen anmelden – es gibt ja keine Schulbezirksgrenzen mehr – und die Grundschule Freie Buschstraße dadurch kurzfristig ebenfalls einzügig würde; wodurch die eben schon seitens der Schulaufsicht zitierten starken Bedenken zu einer Einzügigkeit auch hier gelten würden.

Ergänzend haben wir uns die Frage gestellt, ob man Grundschüler an ein Schulzentrum verlegen möchte, bei denen eine Konsensbereitschaft aller vier durch die Verlagerung betroffenen Schulen offensichtlich fragwürdig ist. Empfehlenswert scheint uns dies nicht zu sein.

Schulpolitik darf für die CDU ohne Frage nicht alleine aus Sicht der Finanzen gemacht werden – dafür ist die Ausbildung unserer Kinder viel zu wichtig. Da aber die Schulaufsicht alle Optionen für aus ihrer Sicht machbar hält (wenn auch die Einzügigkeit nur eingeschränkt), müssen Finanzen auch eine Rolle spielen dürfen. Und bei den finanziell machbaren Optionen stehen 4,1 -4,2 Mio. € für die Einzügigkeit und 4,0 Mio. € für den Umzug nur 1,7 Mio. € für das Auslaufen gegenüber. Dabei ist mir natürlich bewusst, dass man sicherlich bei jeder Variante lange Diskussionen über die einzelnen Ausgaben führen kann – das wird an der Größenordnung der Differenz von gut 2 Mio. € nichts machen.

Mir ist bewusst, dass wir in jedem Fall über zusätzliche Schulden sprechen. Und dem ein oder anderen scheint es manchmal egal zu sein, wie viel zusätzliche Schulden die Stadt macht. Uns als CDU ist es das nicht! Die von allen Fraktionen im Rahmen der Haushaltsdiskussionen angemahnte Haushaltskonsolidierung ist für uns nach wie vor sehr wichtig. Und das wirtschaftlich Fatale an Schulden ist nicht, dass jemand anderes Geld von

einem zu bekommen hat, sondern dass man auch noch Zinsen zu zahlen hat, die einen ab einem gewissen Punkt „auffressen“. Der aktuelle Zinssatz für unsere Stadt bei einer 10jährigen Kreditlaufzeit beträgt gut 3%. Für die 2 Mio. € Differenz bedeutet das 60.000 € Zinsen pro Jahr – ohne Zinseszins! Damit man mal ein Gefühl dafür bekommt – die jährlichen Zinsen in Höhe von 60.000 € sind ein gutes Stück mehr, als die Stadt derzeit an jährlicher Miete für das Bürgerhaus in der Paul-Gerhard-Straße bezahlt; bezogen auf eine Einzügigkeit mit insgesamt 4 Klassen mit insgesamt knapp 100 Schülern wären das 600 € zusätzliche Kosten pro dortigem Schüler – jedes Jahr.

Wie gesagt, wenn das die einzig sinnvolle Möglichkeit wäre, wäre auch die CDU direkt für diese Ausgaben – denn die Schüler und ihre Bildung dürfen nicht vernachlässigt werden. Aber es gibt eben mit der langsamen Auflösung eine Alternative, die zum einen günstiger ist und zum anderen den Schülern keinen pädagogischen Nachteil bringt. Wir haben in Sankt Augustin 8 weitere Grundschulen, die alle einen guten pädagogischen Ruf sowie hervorragende und engagierte Lehrer haben, was Ihnen die vielen Hundert Schüler dieser Grundschulen und deren Eltern bestätigen werden. Dies gilt natürlich auch für die KGS in Mülldorf und die GGS in Ort, die den Großteil der künftigen Schüler aufnehmen würden.

An dieser Stelle möchte ich mich bei den Rektorinnen besonders dieser beiden Grundschulen dafür bedanken, dass sie die Veränderungen, die sich in ihren Schulen durch eine Auflösung der Freien Buschstraße ergeben würden, zwar verständlicherweise nicht jubelnd begrüßen, aber für akzeptabel halten und diesen Prozess positiv begleiten würden.

Natürlich will ich nicht verschweigen, dass es für einige künftige Schüler dann nicht mehr möglich wäre, ihre Grundschule fußläufig zu erreichen. Aber zum einen können das auch schon heute sehr viele Schüler nicht – z. B. die Kinder aus Birlinghoven – und zum anderen muss nach der Beschlussfassung intensiv geprüft werden, wie die sich dann neu ergebenden Schulwege durch z. B. den ÖPNV unterstützt werden können.

Ein weiterer Vorteil der Auflösung wäre, dass wir dann auch eine Lösung für das Problem des Bürgerhauses in der Paul-Gerhard-Straße, für das im Haushaltsplan die Miete in absehbarer Zeit nicht mehr vorgesehen ist, hätten. Dieses könnte nämlich ab 2016 in den denkmalgeschützten Gebäudeteil an der Freien Buschstraße umziehen – dadurch wäre das alte Schulgebäude weiterhin durch die Ortsgemeinschaft generell und durch die VHS-Kurse sogar schulisch genutzt.

Darüber hinaus, aber dies sei hier nicht als entscheidender Grund genannt, sondern mehr der Vollständigkeit halber, können die Flächen des Schulhofes und des Anbaus an der Freien Buschstraße seitens der Stadt veräußert werden, wodurch Einnahmen von mehreren Hunderttausend Euro generiert würden, die z. B. wiederum auf Antrag für städtische Schulinvestitionen verwenden werden können.

Zudem hätten wir keinen Leerstand des Gebäudes des Lehrschwimmbeckens, welches gemäß Haushaltsbeschluss – und an dieser Stelle drücke ich meinen Respekt gegenüber der SPD aus, die in diesem Jahr für den Haushaltsentwurf 2012/2013 gestimmt hat – in Kürze geschlossen wird, da dieses Gebäude entkernt und für die schulische Nutzung umgebaut würde.

Das Argument der wenigen Umzugsbefürworter, der umbaute Raum im Schulzentrum Niederpleis würde bei einer Verlagerung wirtschaftlicher genutzt, gleicht sich übrigens einigermaßen mit der wirtschaftlicheren Nutzung der Grundschule Sankt Martin aus, die ohne große Probleme einen ganzen weiteren Zug aufnehmen kann.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben uns – wie Sie wahrscheinlich schon meinen Ausführungen entnehmen konnten – seitens der CDU diese Entscheidung nicht leicht gemacht. Wir haben

- umfangreichen Informationsaustausch mit der Verwaltung getätigt,
- uns mit vielen Elternvertretern und Lehrern ausgetauscht,
- die zahlreichen Schreiben an uns in diesem Zusammenhang aus der Bevölkerung in unsere Diskussionen einfließen lassen,
- zur Vorbereitung der Sondersitzung des Schulausschusses extra eine Sonderfraktionssitzungen durchgeführt und
- uns bis zuletzt intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt.

Besonders schwer war die Diskussion für meine Niederpleiser Fraktionskollegen. Das ändert aber nichts daran, dass wir heute im Rat - nach mehreren Verschiebungen - eine Entscheidung treffen müssen. Und als Politiker dürfen wir nicht die durchaus berechtigten Interessen einer einzelnen Person oder Gruppierung vertreten, sondern wir müssen abwägen und das berühmte „große Ganze“ betrachten. Ich hoffe, dass diejenigen, deren Interessen die heutige Entscheidung nicht entspricht, dies bei ihren Nachbetrachtungen berücksichtigen.

Alle Ratskolleginnen und -kollegen mache ich zum Schluss noch einmal darauf aufmerksam, dass bei der am Ende dieses Tagesordnungspunktes stehenden Abstimmung nicht nur über die Auflösung abgestimmt wird. Würde diese abgelehnt, würde der Status Quo, also die Zweizügigkeit vor Ort, fortzusetzen sein. Die dafür notwendigen Ausgaben in Höhe von 5,7 Mio. € würden den Haushalt sprengen und ein Verlassen des noch aktiven Nothaushaltsrechts nur durch extreme und schmerzhafteste Einschnitte an anderen Stellen ermöglichen – wenn überhaupt. Zudem glaube ich, dass hier niemand guten Gewissens 5,7 anstelle von 1,7 Mio. € an Ausgaben zustimmen kann, wenn die Alternative eine gute für die Schüler ist; und das Auslaufen ist eine gute Alternative.

Auf der Basis des gerade Ausgeführten spricht sich die CDU für das Auslaufen der Grundschule Freie Buschstraße aus.

Vielen Dank!

(es gilt das gesprochene Wort)